

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 629

Mittwoch, 05. April 2017

24. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Die ignorierte Sklaverei in der Hauptstadt.....	1
Guatemala einziges Land in Zentralamerika ohne Wassergesetz.....	3
Morales vs. Velásquez.....	4
Kriminelle Struktur im Hafenunternehmen entdeckt.....	5
Initiative: Diskriminierung gegen LGTBI Personen wird Delikt.....	5
GuatemalteKInnen ohne Reisepässe?.....	6

Die ignorierte Sklaverei in der Hauptstadt

Juan arbeitet in einem mit Waren vollgestopften Verkaufsstand in einer Ecke von Guatemala-Stadt, nur wenige Meter von Technologiezentren, teuren Restaurants und Designshops entfernt. Er öffnet um vier Uhr morgens oder, wenn er Glück hat, erst um fünf. Ausserhalb des Raums, wo er schläft, ist sein Arbeitsplatz, weil er inmitten der Waren lebt, zusammen mit zwei weiteren Beschäftigten. Eine Reportage von Gladys Olmstead, veröffentlicht in der Nómada vom 16. Januar 2017.

An einem Mittwoch, so um 21.50, erzählt er mir seine Geschichte. Er ist 16, sieht aber aus wie 22. Nennen wir ihn Juan. Er ist in Chichicastenango geboren, spricht Quiché, hat zwei Schwestern und einen Bruder und begann mit seiner Arbeit mit 12. Die Schule beendete er mit der sechsten Klasse und dann half er seinem Vater in dessen Läden. „Wir zwei haben mal 9.000 Quetzales (1.200 US-\$) verdient, aber jetzt kommt nicht mehr so viel herein. Ich selbst kriege nicht mehr als 2.000 Quetzales pro Monat, wenn es im Laden besser läuft, vielleicht mal 5.000 Quetzales, aber das passiert eigentlich nie.“, sagt er mit schüchterner, aber fester Stimme. Zwischen 2.000 und 5.000 Quetzales, das bewegt sich im Bereich des Mindestlohnes, der bei 2.893 Quetzales liegt. Es reicht nicht, um einen festen Laden zu mieten, noch die Kosten der Mobilität oder Gesundheit zu zahlen und überhaupt um aus der Armut zu entfliehen. Chichicastenango liegt 127 Kilometer von der Hauptstadt entfernt, aber mit der Bus braucht dafür vier Stunden. Seit fünf Jahren wohnt Juan so weit weg von seiner Mutter. Er kennt Escuintla, einige Zonen der Hauptstadt und San Juan Sacatepéquez. Er sagt, dass er die viele Ereignisse erzählen könne, in der er sich nicht gut behandelt fühlt.

Ein Vergehen, das kaum Spuren und nur wenig Leid auslöst

Juan ist kein Einzelfall, 850.000 Minderjährige arbeiten, das sind 25 % aller Kinder und Heranwachsenden. Zwischen 2015 und 2016 wurden 330 Fälle von Ausbeutung von Kindern im Arbeitsministerium gemeldet. Von den 64 % der Jugendlichen zwischen 14 und 17, die arbeiten, wurden nur 293 Fälle bekannt. Von diesen hat die Staatsanwaltschaft (MP) in 45 Fällen Ermittlungen wegen Menschenhandel und Ausbeutung von Kinderarbeit angestellt und vor einem/r RichterIn zu einem Verfahren gebracht. Das fehlende Handeln des Staates zur Beendigung der Kinderarbeit ist einer der Gründe, warum die USA Guatemala im Rahmen des Freihandelsabkommens CAFTA diesbezügliche Forderungen aufgestellt hat. Sie argumentierten, dass es auf einem freien Markt keinen fairen Wettbewerb geben könne, wenn die Guatemalte-

kInnen Kinderarbeit, Ausbeutung, Steuerhinterziehung und Umweltzerstörung betrieben.

Alexander Colop von der Abteilung der MP gegen Menschenhandel, erinnert daran, dass seine Abteilung 2014 gegründet worden sei. In jenem Jahr gab es 10 Fälle von Kinderausbeutung, die vom Arbeitsministerium angezeigt wurde. Die Zahl multiplizierte sich zwischen 2015 und 2016 auf 150 Fälle.

María Eugenia Villareal, Direktorin von ECPAT sagt, dass es keine Studien über die Arbeitsbedingungen von Tortilla-VerkäuferInnen oder in den Verkaufsständen gebe. Vielleicht sollten man sie eher Verkaufsfängnisse nennen.

Juan kann sich nicht viel über Pausen erzählen, weil er kaum welche hat. Er kann auch den Laden kaum verlassen, weil die Gitter immer abgeschlossen sind. Er geht nicht tagsüber raus und auch nicht nachts.

– Was ist, wenn du krank bist? – Wir verkaufen hier Medikamente, ich nehme also welche, bis ich wieder fit bin.

– Was ist, wenn du mal weggehen willst? – Das kann ich nicht.

– Was ist, wenn es ein Erdbeben gibt? – Dann kann ich trotzdem nicht fort.

Die Notwendigkeit (und der Boom) als Motor der Ausbeutung

Sagen wir mal, dass die Zone, in der Juans Laden liegt, irgendwo zwischen Zone 4 und 10 ist. Eine Zone des Wirtschaftsaufschwungs. Mit neuen Häusern aus Stahl. Die obere Mittelklasse ist gekommen und wieder gegangen. Die Restaurants, die Geschäfte, die Galerien und das Nachtleben breiten sich aus.

Die Geschäfte sind gut besucht. Egal zu welcher Uhrzeit, Juan hat immer KundInnen. Und zwischen den Verkäufen nähert er sich den Gitterstangen, die den ganze Laden begrenzen und das Aussen vom Inneren trennen, um unsere Unterhaltung fortzuführen. Nachdem bereits sein Bruder die Familie und ihr Heim verlassen hatte, tat Juan dasselbe. „Er ist viel stärker als ich. Ich kam ohne Spanischkenntnisse, weil ich nicht die Sekundarstufe besuchte, geschweige denn abgeschlossen habe. So blieb es auch. Obwohl mein Vater und mein Bruder auch in der Hauptstadt sind, sehe ich sie kaum. Weiss auch nicht, wo sie genau wohnen, aber ich bin mir sicher, dass sie leben und irgendwo entfernt von mir arbeiten.“

Der Rest seiner Familie sind seine Schwestern, 10 Jahre die eine, 8 Monate die andere, und die Mutter. Er vermisst sie. Aber in Quiché gibt es keine Arbeit. Seine Situation ist beschissen. Er zieht die Sklaverei in der Hauptstadt dem Hunger zu Hause vor. Wobei die Psychologin Gabriela Monroy der Organisation Casa Alianza nicht von Vorlieben spricht, weil es gar keine Optionen gebe: „Welche Arbeitsmöglichkeiten in einem rechtlich kontrollierten Raum bieten sich denn einem 17-jährigen, der gerade mal die zweite Klasse der Grundschule hinter sich gebracht hat. Keine.“

Die Sklaverei geht darüber hinaus. Die Exzesse, die teilweise von Seiten der Chefs begangen werden, enden nicht mit dem Einsperren der Angestellten. Zu den Vergehen, die berichtet werden, gehören sexuelle Gewalt, Schläge, psychologischer Druck und die totale Kontrolle über das Leben der Opfer. Mit den Gittern halten sie sie in den Läden fest, sie nehmen ihnen die Papiere und Pässe weg. Letzteres ist ein weiterer Grund, warum die Minderjährigen nicht fortgehen können oder öffentliche oder private Dienstleistungen erhalten können. „Unter solchen Bedingungen arbeiten zu müssen wie Juan, bedeutet, die Fähigkeit zu verlieren, sich als Mensch zu fühlen und damit auch die Unmöglichkeit zu sehen, aus dieser Gewaltsituation zu entfliehen“, erklärt die Psychologin Monroy. „Es ist leicht für die Personen, die höhere Bildung genossen haben, zu erkennen, dass Ausbeutung und Ungerechtigkeit vorhanden sind. Aber es gibt bei diesen ein fehlendes Bewusstsein dafür, dass sie diese Misshandlungen, diese Verletzungen der Rechte zulassen.“

Weit ausserhalb der Gesetze

Die luxuriösen Gebäude, die Technologieunternehmen, die feinen Cafés sind nur ein paar Blöcke, aber zugleich Lichtjahre entfernt von dem vergitterten Laden.

Vor siebzig Jahren ratifizierte Guatemala die Konvention gegen die Sklaverei, aber erst Dekaden später legte das Arbeitsrecht fest, dass die Arbeitszeit nicht länger als acht Stunden pro Tag betragen dürfe, oder mehr als 48 Stunden in der Woche. Nachtarbeit solle nicht länger als sechs Stunden dauern oder 36 Stunden pro Woche. Und weitere Dekaden später wurde festgeschrieben, dass alle ArbeiterInnen das Recht auf einen Jahresurlaub und eine Sozialversicherung haben. Vor sieben Jahren wurde das Dekret 9-2009 verabschiedet, das Gesetz gegen sexuelle Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel, das all diese Vorgehen der Sklaverei zu bekämpfen vorgab.

Diese Hilfe gilt für Juan nicht. Er hat an vielen Orten gearbeitet und er denkt, dass das Gesetz sich im Sinne seines Chefs verändern werde. „Einmal arbeitete ich vier Monate lang, ohne dass sie mich bezahlten. Dann gaben sie mir schliesslich 1.000 Quetzales für die ganze Zeit, in der ich da war. Dieser Herr ist wirklich böse, er überwachte mich, er beschimpfte mich, er beleidigte mich. Das finde ich übel.“

Während er mit dieser Journalistin spricht, ist er immer in dem Laden. Er erzählt ungewollt über sein Leben, aber er wiederholt, dass die anderen zwei Angestellten bald zurückkommen werden. Jeder von ihnen hat eine andere Aufgabe. Einer muss das Geld zählen und bewachen, ein anderer hat den Schlüssel und für den Laden und die Waren verantwortlich. Und Juan ist das letzte Glied in der Kette. „Ich bin dafür verantwortlich, das Produkt zu verkaufen.“

Der einzige Tag, an dem er das Geschäft verlässt, ist der Sonntag, aber erst nach 19 Uhr. An diesem Tag, um diese Uhrzeit werden sie im Stadion Doroteo Guamuch Flores Fussball spielen. Er kennt die anderen nicht sehr gut, aber das

macht ihm nichts aus.

Die ArbeitsinspektorInnen und die Zukunft

Die Mehrheit der Läden in den Barrios und die Tortilla-Stände arbeiten informell, weshalb das Arbeitsministerium sie nicht erfasst, die MP ihre Anzahl nicht schätzen und auf Landesebene hochrechnen kann. Die Generalinspektion des Arbeitsministeriums braucht Monate, um die Fragen von JournalistInnen zu beantworten.

Das Ministerium sagt, dass es Aktionsmechanismen in Gang setze, sobald sie Anzeigen über Ausbeutung und Fälle von Kinderarbeit erhalte. Nach Aussagen des Inspektors Ángel Ortiz arbeitet man Hand in Hand mit dem Sekretariat gegen Sexuelle Gewalt, sexuelle Ausbeutung und Menschenhandel (SVET) im Vizepräsidialamt und dem Büro des Menschenrechtsombudsmanns (PDH). Das SVET arbeitete - laut verschiedener Quellen - zur Zeiten von Roxanda Baldetti besser als unter dem aktuellen Vizepräsidenten Jafeth Cabrera. Als der Arbeitsinspektor - in der Regel über seine Pressestelle - über seine Arbeit befragt wird, spricht er von einem Vorgehen gegenüber den Belangen des Opfers in sieben Schritten. Es wird ein Papier ausgefüllt mit den Inhalten eines Gesprächs mit der angegriffenen Person und der Sichtweise des Inspektors auf den Fall. Daraufhin wird ein Schreiben an den oder die ArbeitgeberIn formuliert, damit das Opfer sofort die Arbeit verlassen kann und eine Vorauszahlung erhält. Danach erfolgt ein Prozess gegen die ArbeitgeberInnen.

Ortiz sagt, dass dies geschieht, damit eine sofortige Aktion gegen die Kinderarbeit und Ausbeutung garantiert werden könne, aber die Ressourcen, die der Inspektor für diese Zwecke zur Verfügung stehen, scheinen ausserirdisch zu sein. Er bestätigt, dass die ausgebeuteten ArbeiterInnen den InspektorInnen in den Interviews keinerlei Aussagen geben. Es ist klar, warum. Die Personen, die in diesem Geschäft tätig sein müssen, wollen weder jemanden anzeigen, noch an ihrem Arbeitsplatz befragt werden. Und die ArbeitgeberInnen sind nicht in den Läden oder Tortilla-Ständen anwesend. *Nómad*a konnte Herrn Ortiz nicht weiter befragen, da dieser sagte, dass dies die Aufgabe der Pressestelle des Ministeriums sei. Das SVET sagt auf Nachfrage, dass es die Fälle der InspektorInnen lediglich begleite.

Im Kongress oder dem Ausschuss für Arbeit werden Themen, die mit Ausbeutung und Menschenhandel zu tun haben, nicht behandelt. Laut dem Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, dem Abgeordneten Félix Ovidio Monzón von der Partei TODOS, ist ihm kein solcher Fall bekannt: „Ich habe gehört, dass es so etwas in Läden und Tortilla-Ständen geben soll, aber wir haben darüber im Ausschuss nie gesprochen.“ Er rechtfertigt diese fehlende Aufmerksamkeit damit, dass es keine formalen Anzeigen in den Läden der Barrios gebe.

Da die Abgeordneten bis heute das Gesetz nicht dahingehend reformierten, dass Sklaverei als ein Delikt erscheint, das eine öffentliche Aktion zwingend nach sich ziehen muss, müssen SklavInnen wie Juan in den Stadtteil Gerona in Zone 1 gehen, um selbst gegenüber der MP ihre Versklavung anzuzeigen. Aber vorher müssten noch zwei Dinge geschehen. Um eine Anzeige zu machen, müsste Juan aus seinem Laden herauskommen können. Und um eine Anzeige zu machen, müsste Juan wissen, dass er ein Opfer ist. Er selbst hält sich für glücklich. Er sagt, dass er nicht murrte, weil er die Reinigung machen, die Körbe mit den Waren wegräumen, die Getränke in die Kühlschränke räumen muss und Kabelfernsehen hat, weshalb er fast niemals schlafe. Mit seinen 16 Jahren hatte Juan noch nie eine Freundin. „Was ich habe ist Arbeit.“

Er spricht über die Zukunft, weil sie wichtig für ihn ist. Die Zeiten, die er gedanklich überblickt, sind kurz. Er weiss nicht, was in den folgenden zwei Tagen passieren wird. Er spricht über Stunden. Aber worüber er sich vollkommen sicher ist - dass er nicht mehr nach Quiché zurückkehren will.

Guatemala einziges Land in Zentralamerika ohne Wassergesetz

Guatemala, 23. April. Guatemala ist das einzige Land in Zentralamerika, welches nicht über ein Wassergesetz verfügt und in dem vier von 10 Personen, die in extremer Armut leben, keinen Zugang zu saubereren Wasserquellen haben. So lautet die öffentliche Stellungnahme des PDH zum Weltwassertag. Das Büro des Menschenrechtsombudsmanns sagte, dass eine Regelung notwendig sei um die Rechte und Pflichten der Bevölkerung beim Nutzen dieser lebensnotwendigen Flüssigkeit festzulegen.

Die PDH gab in einer Pressemitteilung an, dass die Verabschiedung eines Gesetzes „dringend“ sei und vor allem die Nutzung im Haushalt, zur Produktion von Nahrungsmitteln und zur Prävention von Krankheiten priorisiert werden müsse, und des weiteren die Prinzipien der Gleichheit, Inklusion, Gerechtigkeit, Zugang zur Information, soziale Partizipation, Transparenz und Justiz einbezieht, sowie die Nachhaltigkeit der Wasserressource garantiert.

Gemäss des PDH besitzen acht von 10 Personen Zugang zu verbesserten Wasserquellen, d.h Quellen, die vor Kontakt mit Verunreinigen und Fäkalien geschützt sind. Aber die Unterschiede zwischen dem urbanen und ländlichen Raum betragen knapp 25 %. Von den 22 Departements des Landes ist die Wasserversorgung in Sololá am besten (97,1 %), gefolgt von Sacatepéquez (94.9 %) und Guatemala (90.5 %). Den schlechtesten Zugang zu Wasserquellen sind die Departements Alta Verapaz (44.5 %), Retalhuleu und Escuintla (beide 57.2 %).

Allerdings sieht es bei den Menschen, die unter extremer Armut leiden weniger rosig aus. Vier von 10 Personen der ar-

men Bevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Das PDH erinnert, dass die Zuständigkeiten für die häusliche Versorgung mit Trinkwasser aller Gemeinden bei den für das Gebiet zuständigen Stadtkreisen liegen.

Die Nutzung dieses Rechts auf Wasser ist unabdingbar um in den Genuss anderer Rechte zu kommen, wie Gesundheit, eine heile Umwelt, gesunde Ernährung und Arbeit. Der Weltwassertag wurde am 22. Dezember 1992 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen festgelegt. (PL)

Morales vs. Velásquez

Guatemala, 24. März. Patrick Leahy, US-Senator, ist besorgt, dass der Präsident Jimmy Morales sich gegen die Verlängerung des Mandats von Ivan Velásquez als Leiter der CICIG stellen könnte. Velásquez Amtszeit geht im September diesen Jahres zu Ende.

Leahy signalisierte, dass die USA das Land Guatemala unterstützen werde, wenn die Regierung Aldana und Velásquez unterstütze, solange sie in ihrem Amt in der Generalstaatsanwaltschaft (MP) bzw. in der CICIG tätig sind und sein wollen. Wenn die Regierung aber deren Arbeit verhindert oder einengen wolle, solle sie sich andere Verbündete suchen, die sie bei der Entwicklung des Landes unterstützen.

Die Worte der Besorgnis von Leahy wurden veröffentlicht, nachdem er erwähnte, dass die Generalstaatsanwältin Thelma Aldana und Velásquez eine sehr gute Arbeit in Guatemala verrichtet haben, vor allem bei den Ermittlungen gegen die Korruption - weshalb Expräsident Pérez Molina in Haft sitzt.

Die Antwort der Regierung

Nachdem der demokratische Senator seiner Besorgnis Ausdruck gegeben hatte, dass die Möglichkeit bestehe, dass Präsident Morales bei der ONU die Absetzung von Iván Velásquez beantrage, wurde dies sowohl von Morales als auch von seinem Vizepräsidenten Jafeth Cabrera als unbegründete Rumore zurückgewiesen. Nach einer öffentlichen Aktivität in Antigua Guatemala erklärte Morales, dass es nicht wahr sei, dass er Iván Velásquez aus Guatemala raus haben wolle. „Es stimmt nicht“, sagte er. „Was aber stimmt“, fuhr der Mandatsträger fort, „ist, dass der Präsident dies tun kann und niemand garantiert ihm seinen Posten in Guatemala; solange er allerdings seine Arbeit macht, dann wird ihm natürlich sein Posten garantiert“. Vizepräsident Cabrera unterstützte diese Aussage. „Es ist nur die Angst des Senators, denn die CICIG hat seit Beginn der neuen Regierung die volle Unterstützung erhalten“, fügte er hinzu.

Was steckt dahinter?

Der ehemalige Außenminister Édgar Gutiérrez versicherte, dass „er [Jimmy Morales] ihn raus werfen will. Ich interpretiere das so, dass Morales Velásquez aus der CICIG haben möchte. Nach 15 Monaten an der Macht fehlt dem Mandatsträger ein Verständnis von der symbolischen Natur der politischen Macht. Der Präsidenten macht und kann auch nicht immer das machen, was er will“, gab er an. Er fügte hinzu: „Es gibt einen Unterschied zwischen Überzeugung und Verantwortung. Überzeugung ist das, was ich wirklich wünsche, und Verantwortung sind die Folgen, wenn man versucht, die Überzeugung umzusetzen“:

Für den Politologen Jahir Dabroy vermittelt der Präsident die Nachricht, dass man derzeit Velásquez nicht austauschen möchte, aber dass er die Macht besitze, diesen Wechsel zu beantragen. Dabroy geht davon aus, „dass es sehr delikant ist zu sagen, dass der Präsident den Leiter der CICIG nicht unterstützt, und es könnte von verschiedenen AkteurInnen unterschiedlich interpretiert werden.“

Ein weiterer Politologe, Phillip Chicola, erinnert daran, dass die VerleumderInnen der CICIG sagen, dass Velásquez zu weit gegangen sei, als er sich mit den Verfassungsreformen befasste. Die Nachricht von Morales berufe sich auf diese Idee: „Solange er nicht die Grenzen seiner Funktionen überschreitet, kann er weiter machen.“ Für Chicola zeigt Morales ein gewisses Unbehagen gegenüber der CICIG, denn „hätte man ihr die komplette Unterstützung gegeben, hätte es auch keinen Spielraum für Interpretationen gegeben.“

Chicola sieht ausserdem in der Rede des US-Senators eine klare Stellungnahme Washingtons und dass ein Einverständnis zwischen Republikanern und Demokraten herrsche, die Ermittlungen zu unterstützen. Es zeigt auch auf, dass die Kräfte gegen die CICIG bis zum Präsidenten vorgedrungen sind und das ist nicht tolerierbar für die USA.

Für Carmen Aída Ibarra von der Bewegung Pro Justicia ist die Nachricht von Morales ein klares Zeichen dafür, dass der Präsident zeigt, wer „die Pfanne in der Hand hält. Es sagt aus, ich bin der Allmächtige, der nimmt und gibt“. Die Nachricht ist wichtig, denn sie stellt Grenzen auf. Das Problem ist, dass man für den Kampf gegen die Straffreiheit und Korruption keine Grenzen braucht. Und es betrifft die Gruppen, bisher die politische und wirtschaftlich Macht innehatten.

Laut der Präsidentschaft könnte Leahy von „politischen AkteurInnen“ beeinflusst worden sein, die kürzlich nach Washington, D.C. gereist waren. Wer genau dieses Akteure sind, wurde nicht gesagt. Die einzigen, die zu einem öffentlichen Besuch Vorort waren, sind die Abgeordneten der Fraktion UNE, darunter Orlando Blanco, Jairo Flores und Carlos Barreda. Sie trafen sich dort mit Mitgliedern aus Senat und Kongress.

Vor einem Monat fragte man den Staatschef, warum er Velásquez nicht verteidigt habe, als die Verleumdungen gegen diesen laut wurden. Dieser antwortete: Nicht mal meinen Sohn habe ich verteidigt. ... Warum sollte ich dies bei jemand anderem tun?

Leahy stammt ursprünglich aus Vermont und hat sich schon mehrmals zu politischen Aspekten in Guatemala öffentlich positioniert. Er war einer der jüngsten US-Amerikaner, die in den Senat kamen 1975 und ist heute einer der ältesten. (PL, LH, EP,)

Kriminelle Struktur im Hafenunternehmen entdeckt

Guatemala, 27. März. Die Staatsanwaltschaft (MP) und die Oberste Steuerverwaltung (SAT) gaben bekannt, dass eine kriminelle Struktur in dem Hafenunternehmen Quetzal (Empresa Portuaria Quetzal (EPQ)) existiert. Man gab ihr den Spitznamen "Geistercontainer". ArbeiterInnen des Unternehmens brachten Waren ins Land ohne dafür fällige Steuern zu zahlen.

Gemäss den Ermittlungen der Einheiten von MP und Polizei hinterzog die Firma die Steuern auf drei Art und Weisen: sie simulierten einen internationalen Transit mit gefälschten Dokumenten; sie nutzten legale Dokumente, aber die Daten, die in das System der SAT eingetragen wurden, wurden danach gelöscht; und sie tauschten die Handelswaren der Container in den den Fluren der EPQ aus, ebenso mit gefälschten Dokumenten.

Mayra Véliz, Generalsekretär der MP, gab in einer Pressekonferenz bekannt, dass die SAT im Dezember letzten Jahres Anzeige stellte, da Container verschwanden. Es wurden dafür 26 Haftbefehle ausgestellt, 16 Personen wurden bisher festgenommen. Man schliesst nicht aus, dass es eine Verbindung zu der Struktur „Die Linie“ gibt, die von Molina und Baldetti angeführt wurde.

Véliz gab an, dass für die Container der Export in andere Länder Zentralamerikas vorgetäuscht wurde, dann aber mit Lastern von den Anlagen des EPQ weggeschafft wurden. Man weiss noch nicht, welche Handelsgüter in Transportern von dort abtransportiert wurden oder in welcher Höhe der Wert der Waren anzusetzen sei.

Die EPQ wurde vor 30 Jahren gegründet, als eine Station für den Seehandel. (Cerigua)

Initiative: Diskriminierung gegen LGTBI Personen wird Delikt

Guatemala, 27. März. Abgeordnete und Chefin der Fraktion Convergencia, Sandra Morán, wird eine Gesetzesinitiative präsentieren, die Diskriminierung gegen lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und intersexuelle Personen als Delikt klassifiziert. Artikel 202 bis des Dekrets 57-2002 soll dafür reformiert werden.

„Obwohl Guatemala die Erklärung über sexuelle Orientierung und Genaderidentität der Vereinten Nationen unterschrieben hat und verschiedene Resolutionen der Organisation der Amerikanischen Staaten über Menschenrechte unterstützte, ist die soziale und institutionelle Diskriminierung weiterhin häufig anzutreffen“, gab Morán an.

Das Gesetzesprojekt wurde mit dem Ziel, die Gewalt und das Mobbing gegen LGTBI Personen im vornherein zu verhindern, diskutiert. Verschiedene Institutionen und Menschenrechtsorganisationen nahmen an der Ausarbeitung teil.

Debi Linares, Repräsentantin der Organisation Transgender, erklärte: „Die Diskriminierung gegen die LGTBI Gemeinde findet vor allem aufgrund der Vorteile in den Gesundheits- und Bildungszentren statt.“ Von ihrer Seite aus wird das Projekt von Morán sehr begrüsst, da es versucht, „die Menschenrechte aller Personen zu schützen, denn viele gehen nicht in die Gesundheitszentren aus Angst abgewiesen zu werden oder verlassen die Schulen“:

Die Initiative versucht nicht nur die Diskriminierung als ein Verbrechen zu klassifizieren, sie zielt auch darauf ab, die das Strafmass zu verschärfen, wenn es gegen LGTBI Personen geht.

RepräsentantInnen aus Bildungs- und Gesundheitssektoren kompromittierten sich, ihr Personal weiterzubilden im Umgang mit LGTBI Personen und dass diese so behandelt werden, wie sie es verdienen. Das Gesundheitsministerium gab an, Informations- und Empfangstische in jedem Gesundheitszentrum und Krankenhaus zu installieren, damit deren Diskriminierung verhindert wird. (Congreso Web)

GuatemalteKInnen ohne Reisepässe?

Guatemala/Schweiz, 1. April. Ist man guatemaltekischer Staatsbürger oder Staatsbürgerin, lebt im Ausland und möchte den Reisepass erneuern, so ist dies derzeit schwer möglich. Es gibt nämlich keine Pässe mehr, zumindest reichen sie nicht für alle, die einen beantragen. Ein in der Schweiz lebender Guatemalteke berichtete ¡Fijáte!, dass er im Moment keinen Pass bekommen könne.

Bereits im August 2016 wies www.soy502.com auf die kommende Krise hin, da die Zahl der Passbüchlein sich dem Ende neigte. Die Direktorin für Migration erklärte, dass es ab Ende Oktober keine Pässe mehr geben werde, sollte man nichts unternehmen. „Täglich werden etwa 1500 Pässe ausgegeben“, gab sie an. Sie beantragte daher beim Kongress, das Dekret bezüglich der Verträge mit dem Staat zu ändern, was den Kauf von Heften für Pässe durch Verhandlungen mit anderen Staaten und deren Institutionen erlaube. Sie erklärte, dass die Unterstützung der Abgeordneten notwendig sei um eine neue Form der Auftragsvergabe zu schaffen. Im gegenteiligen Fall würde man in zwei Monaten ohne Pässe dastehen, da der gesetzlich festgelegte Zeitraum zur Vergabe von staatlichen Aufträgen fünf Monate beträgt.

Am 17. November erzielte man einen entscheidenden Schritt, die Migrationsbehörde genehmigte den Kauf von 500.000 Heftchen von der deutschen Bundesdruckerei GmbH. Das ganz wird über 10 Millionen Quetzales kosten. Durch das Dekret 46-2016 konnte der sonst obligatorische öffentliche Vergabeprozess verkürzt werden. Der Vertrag wurde am 16. November mit der Bundesdruckerei GmbH geschlossen, so lautet die Regierungsnachricht vom 25. November des letzten Jahres.

Soy502 berichtete, dass nicht nur die deutsche Firma, sondern sechs weitere aus Ländern wie Israel, Zimbabwe oder Südkorea ein Angebot abgaben. Aufgrund technischer und spezifischer Kriterien entschied man sich für die Bundesdruckerei. Die 500.000 Passheftchen sollen in fünf Etappen ausgehändigt werden: 24.000 drei Wochen nach Vertragsabschluss, dann nach 12 Wochen (8.000), 13 Wochen (30.000) und 19 Wochen (100.000) und letztendlich nach 25 Wochen (338.000).

„Die Reisepässe werden in Guatemala verwaltet. Wenn dort Passheftchen zur Verfügung stehen, werden sie nach Miami geschickt. In dem dort angesiedelten guatemaltekischen Konsulat werden die Daten aller im Ausland lebenden StaatsbürgerInnen gesammelt, die einen Reisepass beantragen. Diese werden dort gedruckt und in die einzelnen Länder verschickt“, erklärte unsere Quelle. Es bleibt nun abzuwarten, wann auch guatemaltekische StaatsbürgerInnen in der Schweiz wieder in den Genuss eines Reisepasses kommen.

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6